

Kreiswahlprogramm**Sozial, menschlich, ökologisch, demokratisch
Transparente Politik für die Menschen**

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2014 – DIE LINKE. Kreisverband Coesfeld

DIE LINKE im Kreis Coesfeld tritt am 25. Mai 2014 zum zweiten Mal bei den Kommunalwahlen an. Mit diesem Programm werben wir um Ihre Stimme, denn nur wenn uns viele Menschen wählen, können wir auch richtig Druck für Veränderungen machen. Wir alle spüren, dass viele Probleme hier vor Ort ihre Ursachen anderswo haben: in falschen Entscheidungen in Brüssel, Berlin oder Düsseldorf. Die Bundes- und die Landesregierung vertreten allzu oft nicht die Interessen der arbeitenden Menschen, sondern die der großen Wirtschaftsunternehmen, der Banken und ihrer Aktionäre. Die Auswirkungen dieser Politik, die spüren wir aber direkt hier bei uns: Schlechte Arbeitsverhältnisse, Ausbeutung, Minijobs und Minilöhne, sinkende Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden. Deswegen wollen wir uns mit Ihnen gemeinsam dagegen wehren: im Kreistag, in den Stadträten und außerhalb der Parlamente. Wir laden Sie ein: denken Sie mit, bringen Sie Ihre Ideen für eine soziale, ökologische und menschliche Kommunalpolitik ein! Wir arbeiten gerne mit Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften zusammen, um gemeinsame Ziele besser durchsetzen zu können.

Durch unsere Bundestags- und Europaabgeordneten können wir auch Einfluss auf Entscheidungen nehmen, die in Berlin und Brüssel fallen – und wir tun das auch.

Unsere Listen sind offen für alle, die unsere Ziele teilen und keiner anderen Partei angehören.

Wir finden, dass der Kapitalismus eine schlechte Wirtschaftsordnung ist, weil er soziale Ungerechtigkeit schafft, die Demokratie untergräbt und unsere Lebensgrundlagen zerstört. Wenige Menschen werden immer reicher und viele Menschen immer ärmer. Wir wollen dagegen eine wirklich demokratische sozialistische Gesellschaft erreichen – eine Gesellschaft, die den Wert eines Menschen nicht am Geldbeutel misst. Daran, am Wert und an der Würde jedes einzelnen Menschen, richten wir auch unsere konkreten Vorschläge für eine soziale Politik im Kreis Coesfeld und in seinen Kommunen aus.

Mit uns für mehr kommunale Demokratie

Die Demokratie in den Kommunen ist akut gefährdet. Wenn Städte und Kreise durch zu geringe Einnahmen und immer neue Aufgaben in Finanznot geraten, wenn sie durch gesetzliche Schuldenbremsen in Zwangsverwaltung genötigt werden, dann haben die gewählten Vertreterinnen und Vertreter kaum noch Entscheidungsmöglichkeiten. Solide Kommunalfinanzen sind notwendig, damit es in den Kommunen überhaupt wieder etwas zu entscheiden gibt.

Deswegen setzen wir uns zum Beispiel mit dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ für mehr Steuern für die Reichen und die Unternehmen ein, damit unsere Städte und Gemeinden endlich wieder vernünftig finanziert werden können.

DIE LINKE will nicht, dass Kommunen soziale Dienste und öffentliche Aufgaben einstellen müssen. Deswegen fordern wir eine Gemeindefinanzsteuer und einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer für die Kommunen.

DIE LINKE hat sich in ihrem Streben und Handeln dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie steht für zivilgesellschaftliches Engagement, Mitwirkung und für aktives Mitgestalten. Die Streichung freiwilliger Aufgaben und die Bündelung und Zentralisierung der Pflichtaufgaben der Kreisverwaltung lehnen wir entschieden ab. Den Bürgerinnen und Bürgern im ländlichen Raum, muss ein direkter, wohnortnaher Kontakt zu den Behörden, Ämtern und Beratungsstellen gewährleistet werden!

Direkte Demokratie, Teilhabe und Transparenz, dafür werden wir uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Coesfeld einsetzen. Durch aktive Mitarbeit in den Gremien und Ausschüssen der kommunalen Verwaltungen wollen wir die gewachsenen Strukturen verändern. Alle Entscheidungen und das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder in den Räten und im Kreistag müssen im Internet dokumentiert werden und sämtliche Ausschüsse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wirtschaft, Arbeit und Entlohnung

DIE LINKE im Kreis Coesfeld fordert, dass mit größerer Entschlossenheit der wachsenden Ungleichheit in den Lebensverhältnissen begegnet wird.

Es werden zunehmend Dumpinglöhne in Kauf genommen, die voll Erwerbstätige von ergänzendem ALG II (Hartz VI) abhängig machen.

DIE LINKE setzt sich für Löhne ein, von denen die Menschen und ihre Familien leben können. Wir fordern die Einflussnahme der Kommunalverwaltungen auf eine sozial gerechte, auskömmliche und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik!

Im Kreis Coesfeld fordern wir:

- keine Unterstützung von Leiharbeit - keine öffentlichen Aufträge an Unternehmen, die Leiharbeiter einsetzen oder Werkverträge zur Umgehung von Tariflöhnen vergeben
- die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die Mindestlöhne garantieren, soziale und ökologische Standards einhalten
- die Umwandlung aller Brücken-Jobs in sozialversicherungspflichtige, unbefristete Arbeitsverhältnisse
- dort, wo die Wirtschaft die Bereitstellung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen nicht gewährleisten kann oder will, fordern wir die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit existenzsichernden, sozialversicherungspflichtigen Löhnen
- Beendigung der Konkurrenz unter den Kommunen und Unternehmen mit öffentlichen Eigentümern
- Stopp und Rücknahme aller Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen
- die bedarfsgerechte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen des Kreises, vor allem auch im gewerblich-technischen Bereich und Übernahme aller Auszubildenden
- die Einrichtung und Förderung unabhängiger Beratungsstellen für Bezieherinnen und Bezieher von ALG II und Sozialgeld
- keine Repressionen gegen Bezieherinnen und Bezieher von ALG II, auch nicht von unter 25-Jährigen
- eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsförderung

Energie und Umwelt

DIE LINKE im Kreis Coesfeld will den sozial-ökologischen Wandel voranbringen. Konsequente Umweltpolitik verknüpfen wir mit nachhaltiger und sozialer Energiepolitik. *Dafür* stehen wir im Dialog mit außerparlamentarischen Gruppen der Umwelt- und Anti-Atombewegung und unterstützen diese bei Aktionen für eine gesunde, lebenswerte Umwelt.

DIE LINKE tritt ein für:

- echte Rekommunalisierung, bei der Kommunen ihre Strom- und Gasnetze zu 100% in ihr Eigentum bringen. Zur Finanzierung dieser Projekte ist die sozial verträgliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger über Genossenschaften zu fördern.
- Stadtwerke in öffentlicher Hand. Beteiligungen der Energiemonopolisten wie RWE, EON, Vattenfall, EWE usw. an kommunalen Stadtwerken lehnen wir ab. Die erwirtschafteten Gewinne aus öffentlicher Hand gehören der Allgemeinheit, denn nur so ist bezahlbare Energie für alle finanzierbar.
- die Ausrichtung der kommunalen Energieversorgung zu einem autarkem Versorgungssystem. (z. B. das Projekt Steinfurter Energie-autark 2050.
- den sofortigen Atomausstieg und die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlagen in Gronau und den benachbarten Niederlanden
- den Stopp aller Atom- und Urantransporte

- das Frackingverbot *nicht nur* im Kreis Coesfeld

Fabrikmäßige Massentierhaltung ist Tierquälerei. DIE LINKE steht für eine ökologische Landwirtschaft. Die Ausbreitung von Großmastställen zerstört die Landschaft, Monokulturen und Auszehrung der Böden sind die Folge des fortschreitenden Anbaus von Energiepflanzen wie Mais und Raps.

--2014 wird in NRW der neue Landesentwicklungsplan (LEP) beraten. Der LEP macht Vorgaben für alle räumlichen Planungen, z.B. für die räumlichen Regionalpläne, die gemeindlichen Bebauungspläne und die Landschaftspläne. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2002 sieht eine Begrenzung des täglichen Flächenverbrauchs auf max.30 Hektar bis zum Jahr 2020 vor, für die Zeit danach wird ein Nullverbrauch angestrebt.

Die NRW Landesregierung hat dieses Ziel im Koalitionsvertrag aufgenommen und auf 5 Hektar festgelegt. Schaut man sich dagegen die Stellungnahmen fast aller Landräte und Bürgermeister zum LEP-Entwurf an, dann scheint das 5 Hektar Ziel gar nicht zu existieren. Alle wollen sie mehr Flächen für Wohnungen, Gewerbe oder Verkehr. Die Einen verweisen auf ihre Wachstumsstrategie, die Anderen auf die Gefahr schrumpfender ländlicher Regionen. In den letzten Jahren lag der durchschnittliche Landschaftsverbrauch bei tgl.81 Hektar. Um von diesem hohen Wert herunter zu kommen und in 6 Jahren bundesweit das 30 Hektar Ziel zu erreichen, bedarf es außergewöhnliche Leistungen. NRW muss seinen Anteil -ein Sechstel-mit 5 Hektar leisten. Auch Bürgermeister und Landräte müssen verstehen, dass Boden eine "endliche" Ressource ist, mit der sparsam umgegangen werden sollte.

DIE LINKE tritt ein für:

- einen Genehmigungsstopp für weitere Großmastställe
- Genehmigung von neuen Biogasanlagen nur noch, wenn diese ausschließlich mit Abfällen aus der Pflanzen- und Lebensmittelproduktion betrieben werden. den Schutz des Baumbestandes durch Erstellung einer kreisweiten Baumsatzung
- die Förderung von Lebensmitteln aus heimischer Produktion in Schulmensen und öffentlichen Kantinen
- eine Selbstverpflichtung der kommunalen Verwaltungen zur Verwendung fair gehandelter und ökologisch erzeugter Produkte

Mobilität

Mobilität ist im ländlichen Raum eine wesentliche Voraussetzung für Teilhabe am sozialen, kulturellen und Arbeitsleben. Sie muss deshalb für jeden bezahlbar sein und in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Wir halten eine Verkehrspolitik, die vornehmlich den Straßenbau bedient für verfehlt und stehen für den öffentlichen Personennahverkehr sowie den Ausbau und Erhalt von Bahnlinien.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Ausbau von Angeboten in den Abend- und Nachtstunden im Linienverkehr oder durch den Einsatz von Bürgerbussen und Sammeltaxis, Discobusse und Pendelverkehr zu Großveranstaltungen
- die Einführung eines kreisweiten Sozialtickets zum Preis des im ALG II vorgesehenen Betrages im Monat, unabhängig von Landesfördermitteln
- den Ausbau von Radwegen und die Einrichtung von Radstationen

Bildung ohne Ausgrenzung

DIE LINKE im Kreis Coesfeld steht für eine inklusive Bildungspolitik. Wir halten den flächendeckenden Ausbau von integrierten Gesamtschulen als Regelschulen für dringend erforderlich. Kinder und Jugendliche sollen bei individueller Förderung mindestens bis zur Klasse 10 gemeinsam lernen. In dünn besiedelten Gebieten akzeptiert DIE LINKE die integrierte Sekundarschule in Kooperation mit der nächstgelegenen Gesamtschule (Oberstufe). Der behutsame Rückbau der Gymnasien muss parallel zum Aufbau der Schulen des gemeinsamen Lernens erfolgen. Chancengleichheit ist oberstes Gebot. Stigmatisierung, egal aus welchem Grund und in welcher Form, muss ausgeschlossen sein.

Demokratische Gremien in Schulen müssen gestärkt und ausgebaut werden. Eltern, Lehrer und Schüler müssen in die kommunale Schulentwicklungsplanung einbezogen werden. Die Privatisierung des Bildungswesens lehnen wir ab.

DIE LINKE tritt ein für:

- Kitas und kostenlose Ganztagsbetreuung für Vorschulkinder
- Ganztagschulen und kostenlose Ganztagsbetreuung
- Weiteres qualifiziertes Personal: Psychologe, Sozialarbeiter, Logopäde usw.
- Kostenlose Schulbücher und Lernmittelfreiheit bei allen Schulmaterialien
- Kostenfreie Schülerbeförderung
- Kostenfreie, hochwertige, saisonale und regionale Verpflegung in allen Einrichtungen
- Abschaffung jeglicher Benutzungsgebühren (Spind, Kopiergelder usw.)
- Striktes Verbot des Zugangs von Firmen zu Schulen zum Zwecke der Werbung
- Ein von Sponsoren freier Unterricht (keine Bundeswehr, Banken, Versicherungen an Schulen)
- Praktika und Infos durch Firmen in pädagogischer Verantwortung des Lehrers
- Schülervertretungen müssen durch den Schulträger mit ausreichend finanziellen Mitteln versorgt werden

Inklusion und Regelschule

DIE LINKE fordert, das Thema Inklusion voran zu bringen. In den Grundschulen setzen wir uns für flexible Schuleingangsphasen ein. Die Kinder bleiben in der Regel zwei Jahre zusammen und werden individualisiert unterrichtet. Damit wird den Unterschieden Rechnung getragen. Die Schülerinnen und Schüler können je nach Notwendigkeit ein Jahr, zwei Jahre oder drei Jahre in dieser Phase bleiben, ohne Dinge zu wiederholen, die für die Schülerin oder den Schüler und seine Entwicklung nicht wichtig sind. Dafür müssen mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Für die Rechte der Jugend

Kinder und Jugendliche besitzen wie Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf Teilhabe. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen seit Jahren vernachlässigt. Viele Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders präventive Angebote wie die dringend benötigten Jugendzentren sind von kommunaler Kürzungspolitik bedroht. DIE LINKE tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in den Kommunalgremien entgegen, um allen Kindern und Jugendlichen gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten zu ermöglichen.

DIE LINKE tritt ein für:

- die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen und von selbstverwalteten Jugendzentren mit ausreichender Sach- und Personalausstattung. Jede Gemeinde sollte ein entsprechendes bedarfsgerechtes Angebot vorhalten;
- den Erhalt von Freiflächen als zwanglose Treffpunkte sowie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Planung und Gestaltung von Spielflächen; die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume;
- die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit. Kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben;
- flächendeckende Einführung kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger Ferienfreizeiten;
- einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen Parlamenten und dessen Beteiligung an allen kommunalen Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen
- zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten

- schulische Programme für Suchtprävention, Sexualpädagogik, Aidsprävention, Finanzkompetenz und Gewalt- und Diskriminierungsprävention

Altern in Würde und sozialer Absicherung

Alle Menschen haben das Recht in Würde altern zu dürfen. Wir sind angewiesen auf ihre Mitgestaltung unserer Gesellschaft. Jede Kommune ist daher verpflichtet für eine integrative Seniorenpolitik, die auch die Altersarmut bekämpft, Sorge zu tragen.

DIE LINKE tritt ein für:

- umfangreiche Altersteilzeitangebote in Wirtschaft und Verwaltung
- die Förderung und den Bau von Mehrgenerationenhäusern und Senioren-Wohngemeinschaften. Keine Konzentration von Seniorenwohnungen in einzelnen Stadtteilen.
- bezahlbare Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe (Sport, Bildung, Kultur, Freizeit)
- die Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige
- den Ausbau des Angebotes für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege, auch für ältere Menschen aus anderen Kulturen

Barrierefreie Behindertenpolitik

Menschen mit Behinderungen sind Teil unserer Gesellschaft. Es muss ihnen eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne Ausgrenzung und Benachteiligung ermöglicht werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Gebäuden und Straßen. Wo neue Häuser oder Straßen gebaut werden, sollen Menschen mit Behinderungen bei der Planung mitreden. Dafür sollten die Kommunen und der Kreis alle planungsrechtlichen Möglichkeiten und Förderprogramme nutzen.
- Leistungsbewilligung aus einer Hand statt Behördenmarathon
- Unabhängige und qualifizierte Beratung in allen Lebenslagen für Menschen mit Behinderungen
- Ausstattung aller öffentlichen Einrichtungen so, dass auch Menschen mit Behinderungen sie problemlos nutzen können
- alle Kinder und Jugendlichen sollen gemeinsam lernen im Kindergarten, in der Schule und in der Berufsausbildung. Das verstehen wir unter Inklusion. Inklusion funktioniert nur, wenn alle mitmachen und wenn genug Erzieher, Lehrer und Ausbilder eingestellt werden. Das wollen wir erreichen.
- Die Weiterentwicklung wirksamer Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt und Unterstützung bei der Arbeitssuche.
- Mindestlohn auch für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten.
- Transparenz und Vereinfachung der Verwaltungsvorgänge
- Alle wichtigen Informationen in leichter Sprache
- Bessere Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, was die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen betrifft

- Unser Ziel ist auch: mehr Menschen mit Behinderungen in der Politik

Migration und Flüchtlingspolitik

Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander

DIE LINKE im Kreis Coesfeld steht für eine Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbstbestimmtes Leben ohne Diskriminierung ermöglicht. Integration bedeutet für uns Anerkennung und Gleichberechtigung. Sie kann nur gelingen, wenn sie vor Ort gemeinsam gestaltet wird.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Stärkung der Integrationsbeiräte und ihre Gleichstellung mit anderen Ratsausschüssen
- die Einbeziehung von MigrantInnen-Organisationen in die Entscheidung und die Politik der Kommunen
- kommunale wohnraumpolitische Konzepte zum Ermöglichen von integrativem Wohnen und zur Verhinderung von Ghettoisierung
- öffentlich geförderte interkulturelle Projekte, insbesondere in der Jugendarbeit
- Schaffung interkultureller Begegnungszentren
- die Einrichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund

Flüchtlinge (Asylbewerber, Geduldete und Illegalisierte) sind häufig in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie leben in den Kommunen oft unter völlig unwürdigen Verhältnissen in Sammelunterkünften. Vielfach sind sie vom Arbeitsmarkt und von Integrations- und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse und die Abschaffung der Sammelunterkünfte
- Geld- statt Sachleistungen
- Aufklärung der Betroffenen über ihre gesetzlichen Ansprüche und Rechte, z.B. das Bildungs- und Teilhabepaket
- Teilnahmeberechtigung an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge
- Einrichtung kommunaler Kontrollstellen für Härtefälle, an die sich von Abschiebung bedrohte Personen wenden können
- Ausnutzung der gesetzlichen Handlungsspielräume zugunsten der von Abschiebung bedrohten Personen

Antifaschismus

Faschistische und rechtspopulistische Bündnisse und Parteien nutzen die Verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger für ihre Zwecke. Durch simple und plakative Parolen wollen sie Teile der Bevölkerung auf ihre Seite ziehen. Sie propagieren eine angebliche Islamisierung, hetzen gegen Flüchtlinge, Ausländer, anders Denkende und Lebende. DIE LINKE steht für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Gleichwertigkeit und Frieden. In unserem Kreis wollen wir keine Nazis, keinen Rassismus und keine Benachteiligung von Minderheiten!

Wir setzen uns ganz entschieden ein für:

- schulische und außerschulische Aufklärung zur Stärkung der demokratischen Kultur und Toleranz
- konsequente Verfolgung von Straftaten wie Volksverhetzung und Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole
- Finanzmittel und Räume für antifaschistische Initiativen, für Jugendaustausch und Opferberatung
- die Verhinderung von Nazi-Aufmärschen und Veranstaltungen in unserem Kreis
- die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch Namen von NSDAP-Mitgliedern, Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus oder Militaristen tragen
- die Unterstützung von Aktionen zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewalt und Verfolgung, wie z. B. die Stolpersteine

DIE LINKE wird nicht wegschauen, sondern Gesicht und Zivilcourage zeigen, fremdenfeindliche, sexistische, homophobe und nationalistische Reden nicht unwidersprochen lassen. Wir üben Solidarität und unterstützen demokratische Proteste und Aktionen!

Kultur

Kultur ist ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Sie allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen bleibt unsere zentrale Forderung.

Deshalb tritt DIE LINKE ein für:

- altersgerechte, aber anspruchsvolle Angebote für Kinder und Jugendliche und deren Gleichstellung mit Angeboten für Erwachsene, insbesondere für die über 10-Jährigen
- die flächendeckende Einführung eines „Kulturpasses“ für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen, der unbürokratisch die ermäßigte oder kostenlose Nutzung von öffentlichen kulturellen Einrichtungen, Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken ermöglicht.
- den Erhalt aller kommunalen Kultureinrichtungen von Bibliotheken, Galerien, Museen, Archiven zu günstigen Preisen. Zu bestimmten Zeiten sollte der Eintritt regelmäßig kostenlos sein
- Auf- und Ausbau von „Häusern der Kulturen“ als interkulturelle und generationenübergreifende Begegnungsstätten
- die kommunale Unterstützung bei der Einrichtung von Proberäumen und der Schaffung von Auftrittsmöglichkeiten für Theater- und Musikgruppen

Geschlechtergerechtigkeit

Frauen werden im Kreis Coesfeld häufig nur im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und als Teil einer „Stillen Reserve“ des Arbeitsmarktes wahrgenommen. Das allein ist schon diskriminierend und spiegelt sich in den Zahlen und Handlungsempfehlungen des jährlichen Arbeitsmarktberichts des Kreises wider. Arbeitslose Frauen werden fast ausschließlich in Beschäftigungen der Pflege- und Gesundheitsberufe gedrängt, Männern hingegen wird es schwer gemacht, als Erzieher eine Ausbildung zu machen. „Mini-Jobs“ werden als Sprungbrett in aussichtsreiche Karrieren deklariert, obwohl sie Frauen in der Realität weiter ökonomisch abhängig von Staat, Familie oder (Ehe-)Mann halten. Noch immer sind Frauen die Hauptverantwortlichen für die Erziehung der Kinder und die Pflege von Angehörigen.

DIE LINKE tritt ein für:

- die konsequente Umsetzung der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Ebenen und in allen Kommunen
- Förderung und Ausbau von Frauenhäusern und träger-unabhängigen Frauenberatungsstellen

- öffentlich geförderte Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Berufsrückkehrerinnen
- spezielle, die Lebensumstände berücksichtigende Eingliederungshilfen für Alleinerziehende
- ganztägige und ganz-jährliche wohnortnahe Kinderbetreuung für alle Altersstufen
- geschlechterneutrale und verständliche Sprache bei Anträgen, Formularen und Broschüren

Wir respektieren die unterschiedlichen Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Inter- und Transsexuellen und unterstützen sie in ihren Forderungen nach einer umfassenden Gleichstellungspolitik.

Die Linke wird im zukünftigen Kreistag für folgende Schwerpunkte stehen:

- **Transparenz**
Tagesordnungen, Vorlagen und Anhänge müssen dem Bürger auf der Homepage des Kreises offensiv (benutzerfreundlich) angeboten werden.
Der Kreisetat muss in Form eines Bürgerhaushaltes der Öffentlichkeit nachvollziehbar dargestellt werden.
- **ÖPNV**
Einführung des kostenfreie Personennahverkehr. Bis dieser realisierbar ist, soll die Einführung eines Stigma freien Sozialtickets in Höhe der in ALG 2 für Mobilität vorgesehenen Beträge für alle Bedürftigen installiert werden. Die Ausgabe des Tickets soll automatisch erfolgen, das baut Antragshürden erst gar nicht auf.
Ferner setzen wir uns für einen ÖPNV ein, der sich an den Lebensrealitäten im Kreis Coesfeld orientiert. (Bessere Vernetzung mit Anschlüssen, sowie der Ausbau des Angebots in den Abend- und Nachtstunden)
Die Bürgerbusinitiativen unterstützen wir ausdrücklich. Aber: Statt Ehrenamt - Schaffung von Arbeitsplätzen!
- eine Garantie kostenloser Kitas und Ganztagsbetreuung für Vorschulkinder
- „Eine Schule für alle“ zum bestmöglichen Lernfortschritt und zum höchstmöglichen individuellen Schulabschluss. In einer Übergangsphase, Erhalt der Sondereinrichtungen zum Wohle der Kinder und auf Wunsch der Eltern. Anpassung der jetzigen Schulen, mit mehr Personal, professionellen Assistenzen und mehr Raum zum lernen, leben und spielen.
- **Inklusion**
Für uns beinhaltet Inklusion mehr als Schule, sie muss vom Kreis gestützt und gefördert werden und zwar von "der Wiege bis zur Bahre". Sie beinhaltet das gesamte Leben des Menschen.
- **Soziale Gerechtigkeit**
Der Sozialetat des Kreises muss aufgestockt werden. Der Handlungsspielraum der Sozialbehörden (insbesondere bei Streitigkeiten im Rahmen mit der Grundsicherung bzw. Hartz IV) muss erweitert werden, damit diesbezüglich Klagen - häufig wegen marginaler, aber für die Betroffenen existenziell notwendige Beträge - hinfällig werden.
Bedarfsgerechte Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus.
- umfangreiche Altersteilzeitangebote in Wirtschaft und Verwaltung.
- **Anpassung an den demografischen Wandel**
den Menschen muss es möglich sein, in ihren eigenen vier Wänden zu bleiben. Auch wenn sie alt, krank oder behindert sind. Dazu benötigen sie Geld und eine adäquate Pflege- bzw. Hilfestruktur.
Auch neue Formen des Wohnens muss der Kreis unterstützen damit jeder leben kann wie und wo er mag. (Mehrgenerationenhäuser ...)
- den kostenlosen bzw. kostengünstigen Eintritt aller kreiseigenen Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, Volkshochschulen, Galerien, Museen, Theatern, Archiven u.s.w.

- interkulturelle Projekte
Insbesondere in der Jugendarbeit sollten diese gefördert werden.
- Nachhaltigkeit
Dauerhaftes Verbot von Fracking im Kreisgebiet; Verbot von Atomtransporten durch das Kreisgebiet; Förderung dezentraler Energiegewinnung (bei gleichzeitiger Vermeidung von Monokulturen) Ausbau von Fotovoltaik- und Solarenergie auf sämtlichen kreiseigenen Gebäuden.

Durch die Unterstützung des Kreises zum schrittweisen Aufbau betrieblicher Unabhängigkeit der bäuerlichen Betriebe kann die Umklammerung durch Industrie und Handel gelingen. Das landwirtschaftliche System braucht eine betriebliche Kreislaufwirtschaft mit vielfältigen Fruchtfolgen und eine menschen- und tiergerechte, standort-, umwelt- und sozialverträgliche Bewirtschaftung. Direktvermarktung und landwirtschaftliche Kooperationen

(z.B. Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften) tragen zur Unabhängigkeit von Großindustrie bei, sie verdienen unsere Unterstützung. Zudem sollte jeder Betrieb einen bestimmten Anteil seiner Fläche zur Produktion einheimischer Eiweißfutterpflanzen nutzen. Ein Abgabe- und Reduktionssystem für Pestizide kann einen umweltschonenden Pflanzenschutz unterstützen.

- die konsequente Umsetzung der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Ebenen im Kreis.

UNSERE BITTE AN SIE:

Gehen Sie am 25. Mai zur Wahl.

Wählen Sie links – vor Ort (Dülmen u. Nottuln), im Kreis und auch für Europa!



-V.i.S.d.P. Sonja Crämer-Gembalcyk, Klaus Stegemann, Rainer Gembalcyk